Herrschenden in unserem Land kostet die Verwirklichung dieses Gesetzes nichts. Uns kostet sie den Verlust eines weiteren Stückes Demokratie, ausländischen Demokraten und Antifaschisten eventuell das Leben.

Von den allgemein „antiextremistisch" gehaltenen Formulierungen darf man sich, wie gesagt, nicht täuschen lassen. Hier geht es gegen demokratische, antifaschistische, kommunistische Organisationen und Einzelpersonen; ihre Abschiebung soll erleichtert werden.

Aber auch eine Abschiebung von Faschisten, die Gewaltverbrechen gegen Antifaschisten begangen haben oder hier ihre Hetze betreiben, ist nicht das Mittel, mit dem ihnen grundsätzlich zu begegnen ist. Faschistische Organisationen von Ausländern müssen — ebenso wie deutsche — verboten und zerschlagen werden. Wer sich faschistisch betätigt oder gar Überfälle und Morde plant oder durchführt, der muß hier bei uns nach geltendem Recht bestraft werden. Eine Ausweisung ausländischer Faschisten kommt doch auch in vielen Fällen einer Strafvereitelung gleich, da sie oft in ihren Heimatländern von den Regierungen geduldet oder gefördert werden. Sie kommen doch in der Regel aus faschistisch regierten Staaten. Für einen Antifaschisten, der in einen solchen Staat ausgewiesen wird, stellt sich die Sache natürlich ganz anders dar.

Die Ausweisung von Antifaschisten aus Westdeutschland hat eine erschreckende Tradition. Besonders bekannt sind von früher her wohl die Fälle, in denen iranische Demokraten und Revolutionäre den Henkern des Schah-Regimes in die Hände geliefert wurden. Manchen, dem solches Schicksal drohte, hat eine starke Solidaritätsbewegung davor bewahrt. (Auch dem würde eine Beschleunigung der Abschiebung entgegenwirken.)

„Unverzügliche Ausweisung aus Gründen der Generalprävention", das ist das Schlagwort der CDU/CSU. Davon bedroht bzw. richtiger: zwingend betroffen sein sollen Ausländer, nicht nur, wenn sie in gewalttätige Auseinandersetzungen verwikkelt sind, sondern schon dann, wenn man ihnen Verstöße gegen das Versammlungs- und/oder Vereinsrecht vorwerfen kann, für Deutsche verhältnismäßig banale Delikte. Gegen das Versammlungsrecht zu verstoßen, dieser Gefahr setzt man sich ja bei jeder Demonstration aus, wenn man irgendwelche schikanösen Auflagen nicht oder nicht sofort befolgt. Der CDU/CSU mache die „Agitationstätigkeit" von Ausländern Sorge, also vor allem das Werben ausländischer Arbeiter für den Kampf um ihre Rechte, sowie der Aufbau fortschrittlicher Ausländervereine, was sie selbst in der Begründung für ihren Gesetzentwurf so formuliert: „Der politische Ausländerextremismus hat sich (...) durch die Gründung von Vereinen eine solide organisatorische und finanzielle Basis in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen und dadurch erheblich an Gefährlichkeit gewonnen."

Das bestehende äußerst reaktionäre Ausländergesetz ist den Unionsparteien noch zu liberal, es baut immer noch zu viele juristische Hürden ein. Zum Beispiel wird in der Gesetzentwurfs-Begründung angeführt, fällt es oft schwer, einem Ausländer, der an „Gewalttätigkeiten" beteiligt gewesen sein soll (weil er sich vielleicht gegen Faschisten zur Wehr gesetzt hat...). *nachzuweisen*, daß er damit „die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" gefährdet oder „erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland" beeinträchtigt" habe. Auch will man das Ergebnis von Prozessen nicht abwarten: „Erfahrungsgemäß ziehen sich Strafverfahren gegen politisch motivierte Gewalttäter **wegen der in aller Regel schwierigen Beweisführung** besonders lange hin, so daß die aus generalpräventiven Gründen gebotene sofortige ausländerrechtliche Sanktion des Staates erschwert oder gar verhindert wird. Eine sofortige Ausweisung würde aber potentielle Gewalttäter abschrecken (...)."

Ja, was soll man auch das Risiko eingehen, daß ein Ausländer, den man unbedingt loswerden will, womöglich gar nicht verurteilt werden kann! Erst mal raus mit ihm — zurückkommen wird er schon nicht... So fällt auch bald der letzte Schein der „Rechtsstaatlichkeit", wenn man unter „Rechts-" nicht die politische Richtung verstehen will, die den Kurs dieses Staates ausmacht.

Auf politisch aktive Ausländer, das ist ganz deutlich, kommen unter der neuen Regierung noch härtere Zeiten zu. Hier wird sich in der Tat unsere Solidarität zu bewähren haben.

Den Widerstand organisieren

In diesem Artikel ging es darum, die Ausländerpolitik der neuen Bundesregierung zu skizzieren und anhand einer Untersuchung der bereits formulierten Ziele von CDU und CSU aufzuzeigen, wohin die Entwicklung auch in den Fragen geht, die im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen nicht behandelt oder nur am Rande angeschnitten sind. Denn es besteht sicher kein Zweifel — trotz der verschiedentlich in der Presse erwähnten Wortgefechte um bestimmte Bereiche der Ausländerpolitik, etwa die Familienzusammenführung, zwischen Union und FDP — daß hier nicht die Genscherpartei den Ausschlag gibt. Außerdem ist die nun wirklich für jeden Umfaller gut. Für den neuen innenpolitischen Kurs steht Zimmermann, kein Baum, und für den gibt es überhaupt keine Skrupel und kein lästiges Zögern mehr. Höchstens taktisches Kalkül, und das wird auch darüber entscheiden, wie schnell man die beabsichtigten Maßnahmen durchziehen wird. Wobei die Ausländerpolitik eben ein Gebiet ist, auf dem man mit am wenigsten taktische Rücksichten nehmen zu müssen glaubt, und das leider nicht zu unrecht.

Es ging nicht darum, und das dürfte auch deutlich geworden sein, die Verantwortung der bisherigen, SPD-geführten Regierung für die Entwicklung der Ausländerfeindlichkeit und die Verschärfung der ausländerfeindlichen Gesetzgebung herunterzuspielen. Für einen Punkt für Punkt geführten Vergleich der Positionen war hier kein Platz, er hätte sicher auch das Verständnis des Artikels eher erschwert. Es ist auch klar, daß es vor allem auf Länderebene, und da sei nur das „Arbeiterland" Nordrhein-Westfalen genannt, Vertreter der SPD gibt, die weiter stark ausländerfeindliche Politik betreiben, gegen die man sich wehren muß. Aber es sollte deutlich werden, daß die vielzitierte „Wende", der scharfe Rechtsruck auch auf dem Gebiet der Ausländerpolitik tatsächlich erfolgt, eine beschleunigte Faschisierung, gegen die man sich mit allen Mitteln und unter Einbeziehung aller politischen Kräfte, die diesen Kurs ablehnen, zur Wehr setzen muß. Wir als Kommunisten müssen dazu den uns möglichen Beitrag leisten.

Und den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland, die ihre Lage erkannt haben und die sich zur Wehr setzen, die müssen wir für uns gewinnen. Der Kampf der kommunistischen Partei für die Befreiung der Arbeiterklasse ist nicht auf Nationalitäten beschränkt. Der Platz der in Westdeutschland lebenden klassenbewußten und revolutionären Arbeiter aus dem Ausland ist in den Reihen der KPD.

Dietrich Lohse

Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund; Druck: Alpha Druck GmbH, 4600 Dortmund

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Aus RM Nr. 41 bis 43/1982

Sonderdruck

Zur Ausländerpolitik von CDU/CSU und neuer Bundesregierung







„Türken raus" bald offizielle Regierungspolitik?

Kaum hat die CDU/CSU das Ruder des Bonner Regierungsschiffes in der Hand — mit ihrem gekauften Partner FDP im Schlepptau —, da wird in Sachen Ausländerpolitik ein Kurs eingeschlagen, auf dem sie selbst die extrem ausländerfeindlichen Maßnahmen der früheren Bundesregierung bald überholt haben wird. Die ersten Signale dafür setzten die Regierungsparteien in ihren Koalitionsvereinbarungen, noch weiter ging der neue Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Fernsehinterview Ende letzter Woche. Da wird eine Sprache gesprochen, wie man sie auch in den Pamphleten der Neonazis oder den Veröffentlichen profaschistischer Wissenschaftler (wie etwa im Heidelberger Manifest) vorfindet. Es ist ein Kurs, der unter rücksichtsloser Ausnutzung der reaktionärsten und primitivsten Vorurteile im Volke auf die Mobilisierung der rechtesten Kräfte und vor allem auf eine wirkungsvolle Spaltung der Arbeiterklasse abzielt. Er muß deshalb auf den entschiedenen Widerstand vor allem der organisierten Arbeiterbewegung stoßen.

Welche entscheidende Bedeutung die „Ausländerfrage“ in der Innen- und Rechtspolitik für die neue Regierung hat, welches Gewicht ihr bei der angeblich angestrebten Lösung der Probleme in diesem Bereich beigemessen wird, kann man schon daran sehen, daß die diesbezüglichen Vereinbarungen nur in zwei Punkte untergliedert sind: „A. Ausländerpolitik“ und „B. Sonstiges“, wobei „A.“ dreiviertel des diesem Thema gewidmeten Raumes einnimmt.

In den beiden ersten Absätzen der Erklärung wurden viele wohlklingende Formulierungen zu Papier gebracht, um die guten und menschlichen Absichten der Regierung glaubhaft zu machen. Wie wenig davon zu halten ist, zeigt eine Betrachtung der CDU/CSU-Politik auf Länderebene sowie der bisher im Bundestag unternommenen Vorstöße. Von beidem wird im folgenden noch die Rede sein.



Vorweg nur eine Anmerkung zur Integration, die angeblich eine „wichtige Aufgabe bleibt“ (als ob ihr bisher nachgekommen worden wäre!), bei der sogar „die kulturelle Eigenständigkeit zu respektieren“ sei.

Im Januar dieses Jahres brachte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Antrag zum Thema Ausländerpolitik ein, in dem unter anderem auch die „Verantwortung für die Ausländer, die als Arbeitskräfte angeworben wurden, und für ihre Familien, die hier seßhaft geworden sind“, angesprochen wird. Gleich anschließend heißt es aber doch recht deutlich: „Die Eingliederung **aller** in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer unter Wahrung ihrer vollen nationalen und kulturellen Eigenständigkeit ist jedoch weder möglich noch in beiderseitigem Interesse (auch das noch! RM) **wünschenswert.**“ (Bundesdrucksache 9/1288 vom 21.1.82) Hieraus ergibt sich schon, daß es den Unions-Parteien nicht nur um einen Zuzugsstopp mit allen Mitteln, sondern um eine **Reduzierung** der Zahl unserer Mitbürger aus dem Ausland geht.

Wie soll das nun vonstatten gehen?

Im Koalitionspapier ist zunächst von „Anreizen für die Rückkehrbereitschaft“ die Rede. Anreiz ist ein schönes Wort, Erpressung wäre in diesem Fall sicher angebrachter. Erpressung und staatlich organisierter Diebstahl.

Den Ausländern, die sich zur Rückkehr entschließen, werden bestimmte Geldbeträge angeboten. Kein Pfennig davon ist ein Geschenk des Staates, keinen Pfennig davon haben etwa deutsche Steuerzahler zu tragen. Es handelt sich um Leistungen, die die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland selbst bezahlt haben. Ginge es der Regierung wirklich um Humanität und Rechtsstaatlichkeit, wie in der Erklärung wiederholt beteuert wird, dann müßte sie die Rückerstattung dieser Leistungen an Menschen, die unser Land für immer verlassen, als selbstverständlich betrachten. Tatsächlich hat dieser Staat bereits riesige Summen dadurch eingestrichen, daß ausländische Arbeiter nach wenigen Jahren des Aufenthaltes in der Bundesrepublik und des billigen Verkaufs ihrer Arbeitskraft wieder ausgreist sind, ohne jemals die Leistungen irgendwelcher Versicherungen, für die sie regelmäßig gezahlt haben, in Anspruch genommen zu haben.

Die besondere Gemeinheit der beabsichtigten Regierungspolitik besteht darin, daß diese Leistungen — um, wie es heißt, die „Anreizwirkung“ zu sichern, um also tatsächlichen Druck ausüben zu können — nur innerhalb eines befristeten Zeitraumes gewährt werden sollen. Wer also nicht rechtzeitig verschwindet, der soll ganz darauf verzichten müssen; und es ist eben keineswegs so, daß die so zustandekommende Quote der „freiwillig“ Ausgereisten der Bundesregierung genügen wird und die anderen in Frieden hier weiterleben können. Die Zeit der „Anreize“ wird abgelöst werden durch eine Zeit noch direkteren Zwangs, noch direkterer Angriffe. Daß dies keine unbewiesene Vermutung ist, wird bereits durch das eingangs angeführte Zitat deutlich; hier ist ja keine Rede von einer *Freiwilligkeit,* sondern von einer *Notwendigkeit* der gewünschten Entwicklung.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß die Regierung alles daransetzt, jeden Ausländerzuzug „zu unterbinden“. Dabei wird die bisherige diskriminierende Unterscheidung in EG-Ausländer und Nicht-EG-Ausländer noch dadurch verschärft, daß auch den Bewohnern von Staaten, die neu in die EG aufgenommen werden sollen — und hier geht es besonders um die Türkei — die innerhalb der EG jedenfalls theoretisch bestehende Freizügigkeit nicht mehr zugestanden werden soll. So wird eines der Propagandaargumente, mit dem einst dem Bürger die EG schmackhaft gemacht werden sollte, ausgestrichen, wobei man ganz bewußt die durch materiellen Druck und systematische Verhetzung zustandegekommene verstärkt ausländerfeindliche Einstellung bestimmter Teile der Öffentlichkeit — die sich besonders gegen Bewohner eines fremden Kulturkreises richtet — und entsprechende Vorbehalte in noch breiteren Kreisen einrechnet. Klarer zutage tritt das mit der EG verfolgte Ziel der besseren Kontrolle von Wirtschaft und Politik schwächerer Staaten durch die großen Imperialisten.

Ein besonders menschenfeindlicher Bestandteil der Zuzugs-Stopp-Politik der Unions-Parteien ist die beabsichtigte drastische Herabsetzung der Altersgrenze für den Nachzug von Familienangehörigen, der auf die direkte Zerstörung vieler Familien zielt.

Zwar ist davon in dem Papier nicht die Rede, aber hier wird ja alles offengelassen, was die darin genannten Maßnahmen ergänzen soll. Die hessische CDU beispielsweise, forderte im März eindeutig: „Im Rahmen der Familienzusammenführung dürfen **nur noch Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr** einreisen.“ (Entschließungsantrag der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Drucksache 9/6236 vom 24.3.82) Hier war der jetzige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger am Werk. Genau diese Marschrichtung wurde dieser Tage vom neuen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) unterstrichen. In einem Interview mit der „Welt“ erklärte er, er denke daran, von der Zuzugsbegrenzung nur Kinder „bis etwa sechs Jahren“ auszunehmen.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Der Hintergrund dieser Behauptung ist mehrschichtig.

Die Bundesrepublik, der Staat, in dem sich so viele Menschen unterschiedlicher Nationalität niedergelassen haben, die man zunächst mit allen möglichen Versprechungen ins Land lockte, die hier zum großen Teil seit sehr vielen Jahren arbeiten, und selbstverständlich auch Familien gründen oder gründen wollen, die durch ihre Arbeit und durch ihren Konsum zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen einen großen Beitrag leisteten — kein Einwanderungsland?

Nun, es kommt wie so oft auf den Standpunkt an, von dem aus man die Sache betrachtet.

Die Unions-Parteien sind rücksichtslose Interessenvertreter des großen Geldes. Deshalb haben sie die Kapitalisten ja auch jetzt an die Regierung geholt, wo eine hemmungslose Politik des Sozialabbaus und der Krisenbewältigung auf Kosten der Werktätigen und kleinen Leute angesagt ist. Und für die Kapitalisten sind die ausländischen Arbeiter nun mal, ebenso wie die deutschen, nur zu einem gut: daß man aus der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft Profit ziehen kann.

Um den Standpunkt der Wirtschaft kurz und eindeutig darzulegen, sei hier einmal die extrem kapitalistenfreundliche Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ (WW) zitiert.

„Vor 20 Jahren war (...) der typische Gastarbeiter 20 bis 35 Jahre alt, ungeheuer fleißig und extrem anspruchslos. Einmal im Jahr fuhr er nach Hause — und beantragte neun Monate später Kindergeld. Wurzeln schlug er in Deutschland nur selten. Als 1966/67 der erste Konjunktureinbruch der Nachkriegszeit eintrat, packte eine halbe Million Gastarbeiter ihre Koffer. **Der Arbeitsmarkt schien sich in der Tat wie erhofft zu regeln. Stand Deutschlands Wirtschaft unter Volldampf, dann wartete ein Millionenheer von Arbeitswilligen gleichsam telefonisch abrufbereit hinter Alpen, Bosporus und Pyrenäen. In schlechten Zeiten packten sie ihr Bündel und gingen.**

Schon bei der nächsten Krise 1974 mußten jedoch Politiker und Arbeitsmarktstrategen erkennen, daß das Rotationsverfahren nicht mehr funktioniert.“ („Der Report: Ausländer — Gefahr für den Frieden“, in: WW 6/82 vom 5.2.82)

In dieser Situation befand der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, der bekannte ehemalige nationalsozialistische Marinerichter Filbinger (CDU):

„Mit zunehmendem Nachzug von Familienangehörigen und wachsender Aufenthaltsdauer wird der gesamtwirtschaftliche Nutzen immer zweifelhafter.“

Die menschliche Seite der Ausländerbeschäftigung interessierte nicht. Auf Famlienprobleme hatte man sich nicht eingerichtet, für Angehörige, Ehegatten — besonders Frauen — und Kinder, hatte man kaum etwas getan und tat das auch bis heute nicht bzw. in vollkommen unzureichendem Maße. Mit Vertiefung der Krise setzte die Propaganda ein, die die Ausländer für Arbeitsplatzmangel und leere Staatskassen verantwortlich macht.

Dokumentation

Auszug aus den Koalitionsverhandlungen von CDU /CSU und FDP

Innen- und Rechtspolitik

A. Ausländerpolitik

Innen- und Rechtspolitik sichert in unserer Demokratie den Erhalt und den Ausbau der Freiheit aller Bürger. In der Bundesrepublik Deutschland leben seit vielen Jahren Ausländer und ihre Familien unter uns. Ihre Integration bleibt eine wichtige Aufgabe der Innenpolitik. Dabei ist die kulturelle Eigenständigkeit zu respektieren.

Bund, Länder und Gemeinden sind aufgerufen, der sozialen Isolation und der Ghettobildung in den Städten entgegenzuwirken. Die deutschen Schulen sollen verstärkt Deutschunterricht, aber auch muttersprachlichen Unterricht erteilen. Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung sind fortzuentwickeln.

Die Bundesregierung wird sofort eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die Anreize bieten für die Rückkehrbereitschaft von Ausländern. Die Rückkehrbereitschaft von Ausländern sollte durch ein befristetes Angebot von Leistungen gefördert werden. Hierfür kommen insbesondere in Frage:

— Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes;

— vereinfachte Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung für rückkehrwillige Ausländer;

— sonstige Förderungsmaßnahmen zur Familienzusammenführung in der Heimat, unter Einbeziehung einer Kapitalisierung des Kindergeldanspruchs für einen begrenzten Zeitraum.

Für diese Leistungen soll eine Ausschlußfrist gelten, um die Anreizwirkung zu sichern.

Von besonderem Gewicht sind Wirtschaftshilfemaßnahmen, die vor allem im Rahmen der Entwicklungshilfepolitik gezielt eingesetzt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.

a) Der Anwerbestopp ist beizubehalten.

b) Illegale Einreisen und Beschäftigungen sind zu unterbinden.

c) Ein Aufenthalt zur Ausbildung und zum Studium darf grundsätzlich nicht zur Dauerniederlassung führen.

c) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ist darauf hinzuwirken, daß durch Assoziierungsabkommen kein zusätzlicher Zuzug eröffnet wird. Die Verhandlungen mit der Türkei über die Einschränkung des Assoziierungsabkommens sind zügig fortzusetzen.

Um dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu begegnen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, insbesondere:

— Die Asylbewerber erhalten für die Dauer des Asylverfahrens grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Für Asylbewerber aus osteuropäischen Ländern sind besondere Regelungen zu schaffen.

— Sozialhilfe ist in Form von Sachleistungen zu gewähren.

Die Bundesregierung setzt eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden zu Fragen der Ausländerpolitik ein, die ihre Empfehlungen und Vorschläge bis zum 1. März 1983 vorlegt.

Die Kommission soll prüfen, wie in der Bundesrepublik Deutschland unter Wahrung der freiheitlichen Grundordnung die gesellschaftspolitischen Probleme abgebaut werden können, die durch die große Zahl von Ausländern entstehen, die bei uns leben.

Die Kommission soll vor allem die Erfahrungen von „klassischen“ Einwanderungsländern bei der Regelung des Ausländerzuzugs auswerten und insbesondere die Fragen klären,

— wie gemeinsam rechtsstaatliche Wege gefunden werden können, um wirksamer zu verhindern, daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewalttätig austragen;

— wie der Aufenthaltsstatus nach längerfristigem Aufenthalt verfestigt und gleichzeitig der Familiennachzug gebremst werden kann;

— wie dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam begegnet werden kann;

— wie das Instrumentarium verbessert werden kann, um straffällig gewordene Ausländer abzuschieben.

Die Kommission soll dabei die Erfahrungen aus anderen europäischen Demokratien einbeziehen. (...)

Den deutschen Bürger, besonders die deutschen Arbeiter, will man auch durch Prognosen über die zahlenmäßige Entwicklung des Ausländeranteils an der Bevölkerung schrecken. Die angeblich notwendigen Konsequenzen werden gleich mitangeboten. Dazu noch einmal die „Wirtschaftswoche":

„Wenn die Hochrechnungen von DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, RM) und dem Bundesinnenministerium nicht Realität werden sollen (sieben Millionen Ausländer im Jahr 2000, davon drei Millionen Türken, RM), dann werden die deutschen Behörden früher oder später bereits hier lebende Ausländer überreden **oder gar zwingen müssen,** in ihre Heimatländer zurückzukehren." Die Zeitung fährt fort, indem sie einen interessanten Zeugen bemüht: „Der Berliner Bundessenator und Vorsitzende der CDA-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, machte unlängst einen von den CDU-regierten Ländern unterstützten Vorschlag, wie **arbeitslos gewordene** Ausländer freiwillig zum Verlassen des Landes angeregt werden könnten. Die betroffene Gruppe zählt immerhin mehr als 200000 Personen, mit Angehörigen wahrscheinlich eine halbe Million.

Blüms Plan sieht vor, daß diesen Ausländern die Ansprüche auf Arbeitslosengeld sofort ausbezahlt werden sollen, wenn sie sich zum Verlassen der Bundesrepublik bereit erklären (...).

Solche Abfindungen waren schon wiederholt im Gespräch. Sie scheitern derzeit jedoch an der knappen Haushaltslage in Bund und Ländern."

Die Haushaltslage ist nicht besser geworden, dennoch gehört das Angebot zum Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen, allerdings in der erpresserischen befristeten Form; damit wäre offenbar auch die Kostenfrage befriedigend (für Kapitalisten und Staat) gelöst. — Soweit also der jetzige Arbeits- und Sozialminister, hören wir nun den neuen Bundeskanzler:

„Als besonders wichtige rechtspolitische Frage bezeichnete Kohl in dem Fernsehinterview (ZDF, 3.10.82, RM) das Ausländerproblem. (Das für ihn erklärtermaßen eigentlich ein „Türkenproblem" ist, RM).

Die Zahl der **türkischen** Mitbürger in der Bundesrepublik sei **‚Zu groß'** und müsse auf eine ‚menschlich anständige Weise' **verringert** werden. Es dürfe nicht heißen, der Mohr habe seine Schuldigkeit getan, der Mohr könne gehen. ‚Aber es ist auch wahr, **daß wir die jetzige Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können,** daß das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt'." („Westdeutsche Allgemeine", 4.10.82)

Damit geht Kohl noch weiter, als er es in die Koalitionsvereinbarungen hat hineinschreiben lassen. Diese offene Attacke gegen „die Türken", von denen zumindest ein Teil „raus muß", ist dennoch nur die konsequente Fortsetzung und Konkretisierung des bereits vor dem Regierungswechsel verkündeten Kurses. Besonders drastisch wurde er von Dreggers hessischer Parteiorganisation in dem bereits zitierten Entschließungsantrag gewiesen: **„In den kommenden fünf Jahren soll erreicht werden, daß sich die Zahl der in der Bundesrepublik dauernd lebenden Ausländer um möglichst eine Million Personen verringert."**

Auf die „menschliche Anständigkeit" eines Helmut Kohl kann man pfeifen.



Mit Kohls öffentlicher Erklärung wird die volksverhetzende „Türken-raus!"-Parole in bestimmten Grenzen zu einer Leitlinie der Regierungspolitik gemacht. Der große Sündenbock ist öffentlich an den Pranger gestellt worden.

Wer gedacht hat, daß solche Art der Volksverhetzung allein den Neonazis eigen sei, der sieht sich getäuscht. Die neue Bundesregierung geht in die Vollen. Die Neonazis werden sich freuen, das politische Klima, das hier geschaffen wird, ist für sie günstiger denn je. Franz Josef Strauß, die „graue Eminenz" hinter der Bonner Regierung, hat sie ja schon vor langer Zeit als „Hilfstruppen" bezeichnet.

Der verschärfte Angriff auf unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger kommt nicht von ungefähr.

Die neue Bundesregierung wird die kapitalistische Wirtschaftskrise nicht so einfach beseitigen können. Sie wurde an die Macht gebracht, um ohne Rücksicht die Lasten dieser Krise der Arbeiterklasse und den sozial Schwächsten in unserem Land aufzubürden. Zu ihrem Auftrag gehört auch, den zu erwartenden Widerstand zu unterdrücken und die dafür notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen. Sie setzt aber nicht nur auf den brutalen Einsatz der Staatsgewalt gegen alle von dieser Politik Betroffenen. Das reicht auch nicht. Damit allein würde sie sich viel zu schnell bloßstellen, und das hat sie (noch) nicht nötig.

Um die Front des Widerstandes der Arbeiterbewegung zu schwächen, zieht sie alle Register der Demagogie und der Spaltung. Den Menschen, die nach einem Ausweg aus der Krise suchen, die zunächst die Frage stellen, **wer denn die Schuld hat** an der augenblicklichen Lage, an der Arbeitslosigkeit, am Sozialabbau, der mit den leeren Staatskassen begründet wird, denen präsentiert die Regierung einen „Schuldigen": eben die Ausländer. Wie auf allen Gebieten, kann die CDU/CSU aufgrund ihrer inneren Struktur hier noch viel radikaler zur Sache gehen als die SPD. Auch CDU und CSU setzen also darauf — und es gibt durchaus ganz rechtsaußen stehende Führer in den Gewerkschaften, die sie dabei unterstützen — Teile der Arbeiterschaft hinter ihren Karren spannen zu können. Ist es erst tief genug in den Köpfen, daß die Ausländer uns die Arbeitsplätze wegnehmen und auf unsere Kosten von den Leistungen des Sozialstaates profitieren, dann kann man sich gut hinstellen und darauf verweisen, daß man dagegen nun wirklich, endlich etwas unternimmt.

Die CDU/CSU betreibt eine Politik der Verschärfung des politischen Klimas auf allen Ebenen. Dabei finden die Maßnahmen auf dem Gebiet der Ausländerpolitik ihre Entsprechung in der verstärkten Mobilmachung gegen „äußere Feinde", und das betrifft sowohl die Wirtschafts- als auch die direkte Rüstungspolitik. Auch das geschieht unter Einsatz aller Mittel der Demagogie.

Da sind dann „die Japaner" und andere, die dem gutwilligen westdeutschen Kapitalisten und „seinen" Arbeitern das Leben schwer machen, da sind es allein „die Russen", die uns und unsere amerikanischen Freunde und Beschützer bedrohen. Wie sagte doch der neue Minister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel (CDU), im Rahmen der Bundestagsdebatte vor der Kanzlerwahl: Deutschland müsse endlich wieder den Platz in der Welt einnehmen, der ihm zukommt, und der sei ganz vorn.

Der Chauvinismus treibt neue Blüten. Man muß ja auch glaubhaft zu machen versuchen, warum Milliardenbeträge in die Rüstung gehen, statt in Maßnahmen zur Sicherung und zum Ausbau sozialer Errungenschaften des Volkes. Um so wichtiger ist es, sich durch Vorweisen innerer Feinde die „Heimatfront" weitgehend zu sichern, und da müssen die Ausländer zuallererst herhalten.

Chauvinismus ist in Westdeutschland immer gepaart mit Revanchismus. Und der Geist des Revanchismus spricht sogar aus der Koalitonserklärung zur Ausländerpolitik.

„Überfremdung" als Gefahr für die Nation?

Die Behauptung „Deutschland ist kein Einwanderungsland" hat nämlich noch einen weiteren Hintergrund. Der geht zwar aus der Erklärung nicht direkt hervor, wohl aber aus den auch im Bundestag bereits formulierten Zielvorstellungen von CDU und CSU. In dem schon zitierten Antrag vom Januar 1982 heißt es auch:

„Die Bundesrepublik Deutschland trägt **als Teil des gespaltenen Deutschlands** historische und verfassungsrechtliche **Verantwortung für die deutsche Nation.** Deutschland kann nach seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis kein Einwanderungsland sein oder werden." Etwas einfacher und drastischer ausgedrückt:



Die Nazi-Losung „Türken raus" hat der Bundeskanzler, ein bißchen vornehm abgeschwächt, übernommen

Die „Überfremdung" gefährdet Artreinheit und Bestand der Nation und die Wiedervereinigung. Wenn sich jemand an Nazi-Schriften und das berüchtigte Heidelberger Manifest erinnert fühlt, so geschieht das zu Recht.

Aus all dem ergibt sich die Feststellung: Die neue Regierung steuert einen Kurs der beschleunigten Faschisierung. Gewisse Parallelen zur Zeit vor 1933 sind unverkennbar, nicht zuletzt die Funktion des Judenhasses damals und der Ausländerfeindlichkeit, vor allem der Türkenfeindlichkeit heute. Es ist wirklich kein Witz, wenn Sprüche kursieren wie: „Die Juden haben es hinter sich, die Türken noch vor sich". Ohne entschiedenen Widerstand kann daraus auf die eine oder andere Weise blutiger Ernst werden. — Der Kurs auf ein neues '33 ist deutlich. Aber noch ist es nicht soweit.

Wer soll eigentlich raus?

Worauf zielt nun, abgesehen von der Aufhetzung der Bevölkerung, die neue Regierung, worauf zielt Kohl mit seinen unverschämten Erklärungen konkret vor allem ab?

Zunächst: Das **undifferenzierte „Ausländer raus"** — will heißen: **Alle** Ausländer raus — Geschrei der Neonazis gehört **in dieser Form** weder zum offiziellen Wortschatz der Regierung, noch entspricht seine Verwirklichung den (augenblicklichen) Interessen der Kapitalisten.

Ausländer besetzen zur Zeit viele Arbeitsplätze, für die deutsche Arbeiter nur schwer oder gar nicht vermittelbar sind (vom Lohnniveau, den Arbeitsbedingungen, der notwendigen „Mobilität" und ähnlichen Gesichtspunkten her). Die Verschärfung der „Zumutbarkeitsregelungen" für die Vermittlung deutscher Arbeitsloser bringt hier allerdings schon Änderungen zumindest rechtlicher Natur. Ein anderer Gesichtspunkt: Selbst ein Heiner Geißler fand sich kürzlich zu dem Eingeständnis bereit, daß die Ausländer als **Konsumenten** zur Sicherung von Produktionsmöglichkeiten und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.

Raus sollen vor allem die arbeitslosen Ausländer und ihre Familien (vergleiche die Ausführungen Blüms). Die industrielle Reservearmee der deutschen Arbeitslosen mit ihrer Funktion als Drücker auf Löhne, Rechte im Betrieb und Arbeitsumstände allgemein ist groß genug; je größer sie **im Lande** ist, desto wahrscheinlicher sind ja auch unerwünschte soziale Unruhen; man will den überschüssigen Teil, wenn es sein muß durch direkte Zwangsmaßnahmen, ins Ausland verlagern. Daß man bei Bedarf wieder auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen könne, sieht man wohl als gesteht für die nächste Zeit gewiß nicht zu erwarten.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich bereits, daß der beabsichtigte Frontalangriff auf die Ausländer die Schwächung der Widerstandskraft der gesamten Arbeiterklasse zum Ziel hat, daß also in der Tat **die materiellen Interessen der deutschen Arbeiter selbst betroffen** sind. Die Forderung nach solidarischem Zusammenstehen mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen ist deshalb nicht allein ein Appell an die moralische Anständigkeit der deutschen Arbeiter. Es liegt in ihrem ureigenen Interesse.

Genau so abwegig wäre es im übrigen auch, den ausländischern Arbeitern — die ja zur Genüge den Einflüssen reaktionärer nationalistischer Kreise ihrer Heimatländer ausgesetzt sind, die ihrerseits versuchen, ihre Abkapselung im eigenen Kreis zu fördern, sie von ihren deutschen Kollegen zu trennen — die Unterstützung von Kämpfen deutscher Arbeiter nur als ein moralisches Gebot hinzustellen, während sich ihr eigenes Schicksal doch vor allem in den Ländern entscheide, aus denen sie einmal gekommen sind.

Es geht hierbei durchaus nicht einfach um „internationale Solidarität" oder „Völkerverständigung"; diese Begriffe fassen hier nicht; es sind Begriffe, die ihre Berechtigung haben in den Beziehungen — bzw. anzustrebenden Beziehungen — zwischen Arbeiterklasse und Völkern verschiedener Länder. Hier geht es um etwas anderes, hier geht es um Solidarität wie zwischen älteren und jüngeren Arbeitern, zwischen Männern und Frauen, um die gegenseitige Solidarität all derer, die als Teil derselben gesellschaftlichen Klasse demselben Feind gegenüberstehen, der sie alle ausbeutet und alle dabei gegeneinander auszuspielen versucht. **Gerade so gehören deutsche und ausländische Arbeiter in unserem Lande einer Klasse an, der westdeutschen Arbeiterklasse.** Im konkreten hat sich ihre Kampfgemeinschaft bewährt, und das in Aktionen, die eine Bereicherung der Kampferfahrungen der gesamten Arbeiterklasse dieses Landes ausmachen, wie etwa die Betriebsbesetzung bei Rockwell-Golde. Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse müssen die Rechte der ausländischen Kollegen verteidigt und ausgebaut werden, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse muß der sich abzeichnende Frontalangriff von **CDU/CSU und neuer Regierung gestoppt werden. Und wenn hier von ausländischen Kollegen die Rede ist, dann gilt dasselbe selbstverständlich für ihre Familien, für alle ausländischen Mitbürger.**

Von dieser **grundsätzlichen** Position aus entwickelt unsere Partei ihre gesamte Politik auf diesem Gebiet. Wir treten ein für die vollständige rechtliche und soziale Gleichstellung von Ausländern und Deutschen. Wir treten ein für das Recht und die Möglichkeit der ausländischen Mitbürger, ihre Kultur und Sprache zu pflegen. Wenn man es mit der völligen Gleichstellung ernst meint, kann man die Frage der Staatsbürgerschaft nicht umgehen — den hier arbeitenden und lebenden Menschen aus dem Ausland muß die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkannt werden, und zwar — damit nicht ein einfach proklamiertes Recht durch bürokratische Hintertüren, durch Druck auf die Ausländer von welcher Seite auch immer in der Praxis bedeutungslos bleibt — automatisch. Dabei müssen sie ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten dürfen.

Die Unions-Parteien und die von ihnen geführte Regierung sind die schärfsten Gegner dieser und aller dazugehörigen Ziele. Wenn schon zur Abwehr der weiteren Angriffe auf die ausländischen Mitbürger entschiedene Aktionen des Widerstandes notwendig sind, so wird sich eine Verbesserung ihrer Lage natürlich erst recht nicht durch Bitten an Kohl und Zimmermann erreichen lassen.

Der Widerstand gegen die staatlich organisierte Ausländerfeindlichkeit kann erfolgreich nur von der Arbeiterklasse selbst geführt werden und ist undenkbar ohne kompromißloses gewerkschaftliches Engagement in dieser Frage. Gerade weil hier ein Angriff auf alle arbeitenden Menschen geführt wird, ist es die Pflicht der Gewerkschaften, den notwendigen Kampf gegen die Abwälzung der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen und Armen, den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit einzubeziehen. In diesem Sinne ist es sehr zu begrüßen, daß zum Beispiel die von Gewerkschaftern getragene und auch von der KPD unterstüttze Initiative Soziale Sicherheit dem in ihrem Aufruf zu den großen DGB-Demonstrationen im Oktober Rechnung getragen hat — ihre Losung heißt bekanntlich **„Stopp Sozialabbau,**

Arbeitsplatzvernichtung, Ausländerfeindlichkeit."

„Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht"

Bevor wir uns nun wieder dem Wortlaut des Koalitionspapiers zuwenden, noch ein Wort zur Frage des **Wahlrechts für Ausländer,** das ja von zahlreichen Initiativen aufgeworfen wurde; meist geht es dabei um ein kommunales Wahlrecht. CDU und CSU stehen bundesweit geschlossen dagegen. Anders als beispielsweise bei der SPD, wo, ganz zu schweigen von vielen einfachen Mitgliedern, durchaus auch eine Reihe von Funktionsträgern an verschiedenen Orten für dieses kommunale Wahlrecht eintreten, gibt es solche Erscheinungen in den Unions-Parteien nicht. Ihre Position formulierten ihre Bundestagsfraktionen im Januar so: „Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht und bedarf entsprechender staatsbürgerlicher Pflichten. Das Wahlrecht, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wird abgelehnt. Auf kommunaler Ebene sollen (hier steht nicht einmal: *müssen,* RM) Ausländer zu sie berührenden Fragen gehört werden."



„Gastarbeiterlager". Auch so etwas gibt es in der Bundesrepublik: Arbeiter hinter Mauer und Stacheldraht eingepfercht. (Noch sind die Türen nicht verschlossen...) Neben Arbeiterghettos, die in dieser Form nicht die Regel sind, treten zunehmend Asylantenghettos, und das soll nach dem Willen der Regierung offensichtlich bundesweit die Regel werden. Das ist eine der vielen ausländerfeindlichen Maßnahmen, die von CDU/CSU und FDP vereinbart wurden.

Als ob die Ausländer bisher keine Pflichten tragen würden! Sie tragen **nur** Pflichten, das ist die Realität. Hunderttausende und Millionen Menschen tragen diese Pflichten seit Jahren, härtere Pflichten als Deutsche. Sie können sich ja nicht einmal frei bewegen in diesem Land, wenn die Behörden dagegen sind. Sie leben hier zum Zwecke ihrer Ausbeutung, und seit Jahren, viele seit mehr als einem Jahrzehnt, müssen sie es sich gefallen lassen, daß mit ihnen Politik gemacht wird, ohne daß sie irgendeine gesetzliche Möglichkeit hätten, darauf Einfluß zu nehmen. Die angeblichen Grundwerte bürgerlicher Demokratien werden hier mit Füßen getreten. „Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht" — das stimmt formal. Auch das ist ein Grund, warum wir für die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft sind. Und damit für ein Wahlrecht nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern für ein allgemeines.

Wer mißbraucht das Asylrecht?

Dem sogenannten „Mißbrauch des Asylrechts" will die neue Regierung begegnen, und zwar sind dazu ihrer Meinung nach „weitere Maßnahmen erforderlich", eben mehr, als die bisherige Regierung in dieser Hinsicht schon unternommen hat.

Der Anspruch auf politisches Asyl in der Bundesrepublik soll abgeschafft werden, das ist die wahre Absicht, die dahintersteht.

Wir haben im RM wieder und wieder Fälle angeführt, in denen eindeutig politisch Verfolgten das Asylrecht verweigert wurde und sie in Länder abgeschoben wurden, in denen ihnen Folter und Tod sicher ist. Besonders auf Gegner der faschistischen türkischen Junta trifft das zu. Der Mißbrauch des Asylrechts liegt bei denen, die dieses zulassen; die Erklärungen abgeben oder unwidersprochen lassen, wie die, ausgerechnet die Junta von Ankara garantiere, daß es dort keine Verfolgung mehr gebe; oder wie eine neuere, die zwar der ersten widerspricht, sie dafür aber an Menschenfeindlichkeit noch übertrifft, nämlich die des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofs, der das Asylbegehren des Kurden Hasan Aksoy unter anderem mit den Worten abwies: „Werden linksgerichtete Kurden, gegen die wegen des Verdachts ermittelt wird, ein Staatsschutzdelikt begangen zu haben, gefoltert oder sonst mißhandelt, so liegt hierin in aller Regel keine politische Verfolgung (...), denn Folter und Mißhandlungen sind in der Türkei ein allgemeines Phänomen, von dem nicht bloß politisch aktive Kurden betroffen sind (...)" (Vgl. ausführliche Darstellung im RM 42/82.) All das reicht also der jetzigen Regierung noch nicht. Wie werden die „weiteren Maßnahmen" konkret aussehen?

Aus dem Koalitionspapier ist zunächst nur zu entnehmen, wie Asylbewerber nun im ganzen Bundesgebiet behandelt werden sollen. Und hier werden die Beteuerungen der ersten beiden Absätze der Koalitionsvereinbarungen ad absurdum geführt.

Man habe sich vorgenommen, „der sozialen Isolation und Ghettobildung in den Städten entgegenzuwirken", hieß es da. Trifft dies schon für die „normalen" Ausländer nicht zu, so auf Asylbewerber noch weniger. Keine Arbeitserlaubnis für die gesamte Dauer des Asylverfahrens und Leistung von Sozialhilfe grundsätzlich nur noch in Form von Sachleistungen, das sind die Kernpunkte der Koalitionserklärung. Ohne Arbeit und ohne einen Pfennig Geld wird den Asylbewerbern gar keine Möglichkeit gegeben, mit Deutschen in engen Kontakt zu kommen. Sammelunterkünfte und Gemeinschaftsverpflegung, das wird die Folge sein, das kann man in einigen Bundesländern wie zum Beispiel Baden-Württemberg bereits erleben, also Isolierung und **Asylantenghettos.** Umgeben von deutschen Wohngebieten, deren Bewohner kein Verständnis für die Lage der ihnen unbekannten Menschen, deren Sprache und Sitten ihnen fremd sind, vermittelt wird, sondern die systematisch gegen sie aufgehetzt werden... Die möglichen (und einkalkulierten) Folgen sind leicht vorstellbar. So fördert man unter anderem auch die Bereitschaft militanter Neonazis, die Serie ihrer Attentate auf Asylantenheime fortzusetzen.

Angesichts all dieser Tatsachen wird es leicht verständlich, daß ein faschistisches Organ wie die **„Deutsche National-Zeitung"** sich befriedigt zeigt: **„Die neue CDU/CSU/FDP-Regierung hat ein Programm zur Ausländerpolitik vereinbart, das in vielen Punkten den Forderungen der Freiheitlichen entspricht."** (DNZ 41/82 vom 8. Oktober. „Freiheitliche" nennen sich die Anhänger von Frey's Deutscher Volks-Union, die zur Zeit den zahlenmäßig stärksten Anteil der Neonazi-Szene ausmachen; die DNZ ist ihr Organ.) Das ist Beifall von der passenden Seite.

Ein letztes Wort zu den Asylbewerbern. Kommen sie aus osteuropäischen Ländern, so sollen für sie „besondere Regelungen" geschaffen werden. Bereits im Jahre 1966 wurde auf der Innenministerkonferenz festgelegt, daß Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten auch dann nicht abgeschoben werden sollen, wenn sie nicht als Asylanten anerkannt werden können. Wobei schon beim Anerkennungsverfahren hier andere Maßstäbe gelten als etwa gegenüber Türken und Kurden. Der Grund ist einfach: Man betrachtet sie als politisches Kapital. Jeder Flüchtling, natürlich auch jeder, der auf die Propaganda vom „goldenen Westen" hereingefallen ist und ganz offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen seine Heimat verlassen hat, wird der Öffentlichkeit als Beweis für die Menschenfeindlichkeit und den Bankrott des im Osten angeblich herrschenden Kommunismus hingestellt, wobei die Kapitalisten ein erklärliches Interesse haben, ganz wie die dortigen Machthaber, die sozialfaschistischen Staaten als „sozialistisch" zu verkaufen. Daß eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die letzte ist, die daran etwas ändern würde, das ist ja wohl klar.

Zur Illustration der Entwicklung noch einige Daten: Bereits im Jahre 1981 ging die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei — also dem Land, dessen Bewohner, dessen Demokraten und Antifaschisten mit am dringendsten politisches Asyl im Ausland suchen müssen — auf einen Anteil von 12,8 Prozent an der aller Asylbewerber zurück. 1980 hatte er noch 53,7 Prozent betragen. (In Zahlen: 1980 beantragten 57913 Menschen aus der Türkei Asyl, 1981 nur noch 6302; ein Rückgang um 89,1 Prozent!) Diese Entwicklung setzt sich fort, und dazu hat mit Sicherheit die unglaublich brutale Politik, die besonders seit Mitte 1980 schon unter der SPD-Regierung durchgeführt wurde, beigetragen. Im Januar 1982 war der Anteil der Asylbewerber aus der Türkei bereits auf 7,9 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Polen-Flüchtlinge war demgegenüber auf 36,2 Prozent gestiegen. (Insgesamt sank die Zahl der Asylsuchenden vom Dezember '81 auf Januar '82 übrigens weiter um 20,1 Prozent. Schon von 1980 auf '81 war sie um 54,2 Prozent gesunken.) Zu den Flüchtlingen aus Osteuropa äußerte sich der damalige Innenminister Baum wörtlich: „Die will keiner von uns zurückschicken." („Frankfurter Rundschau" vom 19.2.82) Da ist dann plötzlich nicht mehr die Rede davon, daß die „Aufnahmefähigkeit unseres Landes erschöpft" sei usw.



Ausländische und deutsche Kolleginnen und Kollegen demonstrieren gemeinsam für das Recht auf Arbeit und Aufenthalt in Westdeutschland

Diese Aufstellung darf nicht dahingehend mißbraucht werden, daß wir etwa dagegen sind, wenn Anhänger der Solidarność oder andere verfolgte Demokraten bei uns Asyl erhalten. Sie soll vielmehr verdeutlichen, daß die vom westdeutschen Staat betriebene Asylpolitik nicht von freiheitlichen, humanitären oder sonstigen positiven Gesichtspunkten bestimmt wird, sondern von eiskaltem politischen Kalkül, das auch Schreibtischmorde mit einschließt. Und sie soll eine Ahnung davon vermitteln, was auf uns zukommen kann, wenn der neuen Regierung all dies noch nicht ausreicht.

Noch ein weiterer Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen zur Ausländerpolitik verdient nährere Beachtung. Er zielt auf eine Änderung, eine noch weitergehende **Verschärfung des Ausländergesetzes** ab.

Eine Sonderkommission soll bis Anfang März nächsten Jahres unter anderem untersuchen, wie „wirksamer verhindert" werden könne, „daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewalttätig austragen" und wie das „Instrumentarium verbessert" werden könne, „straffällig **gewordene Ausländer abzuschieben".**

Da ist wieder einmal von den „gewalttätigen Ausländern" die Rede, ohne daß man sich die Mühe macht, die in der Tat recht häufigen, gewaltsamen Auseinandersetzungen bzw. Überfälle auf ihre Hintergründe hin zu untersuchen. Auch dahinter steckt eine bestimmte politische Absicht.

Schon die bisherige Praxis zeigt, daß reaktionäre und faschistische Ausländerorganisationen sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik recht wohl fühlen. Jeder kennt die „Grauen Wölfe" des Alpaslan Türkes, der in der Dortmunder Westfalenhalle auftreten durfte und Beziehungen zu Franz Josef Strauß pflegte. Gegen sie wird nichts unternommen, sie werden nicht verboten, obwohl feststeht, daß sie Einwanderer aus der Türkei, die nicht ihre Politik unterstützen, einschüchtern, überfallen und mit dem Tod bedrohen. Würde man gegen sie vorgehen, müßte man ja die ausländischen Antifaschisten und Demokraten und ihre Organisationen in Schutz nehmen. Das aber soll nicht geschehen. In Worten ergreift man keine Partei und spricht allgemein von Gewalttätigkeiten, die unterbunden werden müßten; in der Tat ergreift man Partei für reaktionäre und faschistische Gewaltverbrecher.

Das ist der Hintergrund, auf dem die Regierung neue Maßnahmen fordert. In welche Richtung die gehen sollen, das kann man einem Gesetzentwurf entnehmen, den die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag im Mai dieses Jahres einbrachte. (Veröffentlicht als Bundesdrucksache)/1701 vom 1.6.82)

Darin wird als „Problem" die „Gewaltanwendung" im oben charakterisierten Sinne angesprochen, **aber nicht nur** sie, auch die **„Agitationstätigkeit"** von ausländischen **„politischen Extremisten"** auf **„von Ausländern besuchten Versammlungen"** und die **„Verbreiterung der organisatorischen Basis** des politischen Ausländerextremismus". Alle drei Erscheinungen, so befindet die Union, „gefährden die öffentliche Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland". Und weiter: „Das geltende Ausländerrecht, insbesondere der vorhandene Katalog der einzelnen Ausweisungstatbestände des § 10 Abs. 1 des Ausländergesetzes, reicht nicht aus, um in allen Fällen rechtswidriger Gewaltanwendung durch ausländische Extremisten oder bei schwerwiegenden Verletzungen des Vereinsrechts und des Versammlungsrechts eine vor allem **aus Gründen der Generalprävention** regelmäßig gebotene **unverzügliche Ausweisung** von Ausländern zu ermöglichen."

Es folgt der Punkt „B. Lösung". Darin heißt es:

„Unabhängig davon, ob und wann eine strafrechtliche Verurteilung erfolgt, ist eine von einem Ausländer individuell oder gemeinschaftliche aus politischen Gründen begangene Gewalttätigkeit von einigem Gewicht für sich allein mit der Ausweisung zu ahnden. Die gleiche Sanktion droht Vorstandsmitgliedern eines unter Anordnung des sofortigen Vollzuges verbotenen Ausländervereins. **In beiden Fällen haben Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung.**

Neben diesen zwingenden Ausweisungsgründen können Verstöße von Ausländern gegen Vorschriften des Versammlungs- und Vereinsrechts oder darauf gegründete Auflagen oder Anordnungen die Ausweisung nach sich ziehen.

Asylbewerber dürfen nur bei schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgewiesen werden. Diese liegen stets dann vor, wenn der Asylbewerber wiederholt Freiheitsstrafen verbüßt oder sich auf dem Rauschgiftsektor mit krimineller Energie betätigt hat.

In solchen Fällen kann der Ausländer auch in seinen Heimatstaat abgeschoben werden, wenn ihm dort weder die Todesstrafe noch eine gegen die Menschenwürde verstoßende Behandlung droht.

C. Alternative keine

D. Kosten keine."

Die Unionsparteien und die